

PRESSEMELDUNG

8. März 2017

MIT begrüßt höhere GWG-Abschreibungsgrenze

Linnemann: „Mittelstand wird von unnötiger Bürokratie befreit“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) begrüßt die Einigung der Fraktionen von Union und SPD auf eine höhere Grenze bei der Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG). „Damit entlasten wir vor allem den kleinen Mittelstand von unnötiger Bürokratie und setzen gleichzeitig wichtige Investitionsanreize“, sagt MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Ab dem 1. Januar 2018 sollen Unternehmen Wirtschaftsgüter wie zum Beispiel Büromaterialien nicht mehr nur bis 410 Euro, sondern bis 800 Euro sofort abschreiben können. Linnemann: „Die MIT hat sich seit langem für eine Anhebung der Schwelle eingesetzt. Es war lange überfällig, dass der GWG-Schwellenwert nach mehr 50 Jahren angepasst wird.“

Der Bürokratieabbau-Experte der Unionsfraktion, MIT-Bundesvorstandsmitglied Helmut Nowak zeigte sich ebenfalls erleichtert, da er vor drei Jahren das Thema GWG angepackt hat und schließlich zum Erfolg führen konnte: „Das sind gute Nachrichten für unsere Familienunternehmen im Land. Durch die Anhebung lösen wir einen zusätzlichen Investitionsschub von rund 400 Millionen Euro aus und zeigen: Die Union ist die Partei des Mittelstands.“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU (MIT) ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck
Referent Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin
T: 030 220798-17

struck@mit-bund.de
www.mit-bund.de